Nummer 564. XXI. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Sonnabend, 5. November 1892.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Der Schluß der Bismarckschen Enthüllungen.

Hans Blum hat aus der alten Raketenkiste ein schier unerschöpfliches Feuerwerk geholt; die „Leipz. Neuest. Nachr." bringen heute noch einen Schlußartikel mit Enthüllungen, die wieder manches Interessante enthalten. Unter anderem gab Fürst Bismarck über den Rücktritt des Herrn v. Schlözer Folgendes zum Besten:

„Herr v. Schlözer hat durchaus nicht seinen Rücktritt genommen," entgegnete Fürst Bismarck sehr bestimmt. Und dann fuhr er ungefähr fort: „Es giebt Leute, welche behaupten, man habe ihn beseitigt, weil er das Unrecht begangen habe, Sachenntniß und Erfahrung in seinem Beruf, auf seinem Posten zu zeigen. Sicherlich hat man aber davon dem Betheiligten nichts gesagt. Denn man hat Herrn v. Schlözer überhaupt keine Gründe für seine unfreiwillige Entfernung von Rom, für die Maßregelung eines der verdientesten und tüchtigsten Diplomaten Preußens angegeben. Vielmehr hat die Münchener „Allgemeine Zeitung" den Wortlaut der höchst einfachen geschäftlichen Anzeige des Grafen v. Caprivi an Herrn v. Schlözer schon mitgetheilt, aus welcher dieser Gesandte, so unvorbereitet, wie er war, die Neuigkeit erfuhr, daß er in Rom überflüssig sei. Es ist nämlich das bekannte Schreiben, in welchem Herr v. Schlözer unterrichtet wird: daß bei dem allgemeinen diplomatischen „Revirement", welches Graf Caprivi vorhabe, auch der preußische Gesandtschaftsposten beim Vatikan eine andere Besetzung zu gewärtigen habe.

Herr Hans Blum fügt diesen Worten noch folgende eigene Bemerkungen an:

Der Fürst legte dar, daß in den rücksichtsvollsten Formen für den Nächstbetheiligten solche Dinge früher behandelt worden seien, und gab dann der Herrn v. Schlözer widerfahrenen Behandlung das zutreffende Eigenschaftswort. Es muß tiefen Ekel erregen, wenn die „Kreuzzeitung" und andere Blätter diesen wahren traurigen Hergang der Sache zu verschen suchen durch lügenhafte Erzählungen. Denn entweder werden diese Blätter mit böswilligen Erfindungen bedient, deren Unglaubwürdigkeit sie erkennen sollten, oder sie helfen selbst mit an dem Gewebe der Lüge. Die Quellen des Besserwissens des Fürsten Bismarck sind hier aber durch keine Kunst zu trüben oder trocken zu legen.

Aus diesen Sätzen kann man so recht ersehen, welchen fascinirenden Eindruck der Altreichskanzler noch immer auf seine Umgebung ausübt. Fürst Bismarck vergißt, was ihm nicht paßt, und sofort sind auch aus dem Gedächtnisse Hans Blums die Vorkommnisse entschwunden, welche die Behauptung von den rücksichtsvollsten Formen Lügen strafen. Oder hat der nationalliberale Interviewer nie etwas von dem bairischen Gesandten Rothardt, nie etwas von Camphausen und Graf Eulenburg gehört? Oder hat etwa nicht Fürst Bismarck die Komödie in Szene gesetzt, sondern auch irgend ein bedeutender Rath, wie ein solcher dem Fürsten auch seinen guten Freund Lothar Bucher aus dem Amte vertrieben hat? Der Altreichskanzler läßt sich nämlich über sein Verhältniß zu diesem seinem langjährigen Adlatus folgendermaßen aus:

„Ja, ich habe viel an ihm verloren!" rief Bismarck, schwer aufathmend. Lothar Bucher war eine stille, bescheidene, tiefe Natur, mein treuer Freund, manchmal mein Censor, mein Mitarbeiter vor Allem, was Herzblut, gesunden Menschenverstand, klares, scharfes Denken erforderte. Viel zu gut war er für die gewöhnliche Depeschenarbeit. Dafür hatten wir die diplomatische Häckselmaschine Abeken. Der war im Stande, in ein Paar Viertelstunden mit der größten Wucht über Alles zu schreiben, was man den ihm verlangte. Sagte man ihm dann: „Sehr schön, Herr Geheimer Rath, aber in der Hauptsache haben Sie mich mißverstanden, ich habe gerade das Gegentheil sagen wollen," so entschuldigte er sich und brachte unterdessen nach einer Viertelstunde die Depesche wieder, die nun mit derselben Wucht der Ueberzeugung das Gegentheil verfocht. Für Alles was Phrasen erforderte, wie z. B. Thronreden und dergleichen, war Bucher absolut nicht zu haben. Er verstand sich nicht blos nicht auf Phrasen, er haßte sie geradezu. Für diesen Bedarf hatten wir außer Abeken auch Wagener, den „Kreuzzeitungs-Wagener", dessen Sie sich ja aus dem Reichstag erinnern werden. Bucher war ganz unglücklich darüber, daß seine Biographie von Poschinger erschienen war. Denn er wollte gar nicht, daß das Publikum sich mit ihm beschäftige. Ich fühle mich sehr vereinsamt durch Lothar Bucher's Tod. Meine Freunde, die es wirklich waren, gehen, einer nach dem andern, mir voraus in den Tod, und diejenigen, die meine Freunde zu sein behaupteten, wenden sich ab von mir.

Bucher hatte seine unversöhnlichen Gegner in der zopfigen Bureaukratie unserer Ministerien. Da war vor allem im Ministerium des Innern ein Geheimer Rath von X., ein stöckerbeiniger Gesell, der Bucher grimmig haßte und ihm alles mögliche Herzeleid anthat. Der Mann war so konservativ, daß er sich im Wandel aller Ministerien selbst zu konservativ verstanden hatte. Und er war so reaktionär, daß er mir sagte: Nein, Herr Ministerpräsident, so eine Minister-Plenarsitzung ist nichts für mich, da dürfen sich ja die Bürgerlichen setzen in meiner Gegenwart!"

Später wandte sich das Gespräch dem deutsch-englischen Vertrage betreffs Ostafrikas und Helgolands zu, über welchen der Fürst meinte:

„Ich würde diesen Vertrag nie geschlossen haben. Zanzibar war bereits halb deutsch, als es den Engländern von uns überlassen wurde. Der deutsche Handel hatte den englischen dort schon völlig verdrängt, in 5 bis 10 Jahren wäre die wichtige Stadt, der wichtigste Hafen vollkommen deutsch gewesen. Und was Helgoland anlangt, so ist dies in meinen Augen eher eine Last und Schwächung, als eine Stütze und Stärkung für Deutschland in einem etwaigen Kriege mit Frankreich. Denn bisher könnte die uns an Zahl und Stärke überlegene Flotte Frankreichs aus dem einfachen Grunde in der Nord- und Ostsee sich nicht halten, weil es ihr an einem Hafen fehlte, wo sie sich mit Kohlen versorgen könnte. Sie müßte immer wieder nach Cherbourg zurückdampfen, um dieses Bedürfniß zu befriedigen. So lange Helgoland in englischem Besitz war, in der Hand einer neutralen Macht, war dieses Kohlendepot der französischen Flotte völlig verschlossen. In Zukunft braucht die französische Flotte nur die paar Befestigungen von Helgoland, die keine Kunst stark genug machen kann gegen die zerstörende Kraft der modernen Geschütze, zum Schweigen zu bringen, dann ist das Kohlendepot der Nordsee für weitere Streifzüge der französischen Flotte gegen unsere Küsten in französischer Hand!"

Auf eine Frage erklärte der Fürst dann, daß nach seiner Ansicht Wissmann in Ostafrika viel mehr am Platze gewesen sei als Herr v. Soden:

„Herr v. Soden ist ein vortrefflicher Gouverneur von Kamerun gewesen, aber leider mit den ostafrikanischen Verhältnissen offenbar nahezu ganz unbekannt und daher den schwierigen ihm dort gestellten Aufgaben in keiner Weise gewachsen. Das erinnert mich an eine andere Vorsehung, die aber glücklicherweise nicht ausgeführt wurde. Es handelte sich darum, einen Vertreter nach Apia zu senden, auf die Samoainseln. Und dazu wurde ausersehen ein Mann, der sich — sagen wir in Japan oder in der Havanna — als außerordentlich tüchtig bewährt hatte! Ich konnte zwischen den beiden Posten keine andere Aehnlichkeit — und demgemäß für die Befähigung des Herrn zu dem Posten in Apia keine andere Begründung — entdecken, als daß beide Orte außerordentlich weit von Berlin entfernt sein.

Was nun Herrn Major von Wissmann anlangt, so besitzt dieser unter allen unseren Afrikamännern jedenfalls die genaueste Kenntniß und die reichste Erfahrung betreffs der Verhältnisse Ostafrikas, wenn nicht Afrikas überhaupt, denn er hat Afrika zweimal durchquert, und außerdem hat er außerordentlich viel Tapferkeit und Takt bewiesen. Bevor er von Berlin abreiste, um Buschiri zu bekriegen, trat er bei mir ein und erbat um Instruktionen. „Instruktionen?" sagte ich, „ich bin doch nicht der selige österreichische Hofkriegsrath. Ein Brief geht schon sechs Wochen bis Zanzibar, wie soll ich Ihnen da Instruktionen zukommen lassen. Ich kann Ihnen nur eine Instruktion mitgeben: die, zu siegen!" Und diese Instruktion hat Wissmann glänzend durchgeführt. Er ist mit einer vollständig tadellosen weißen Weste aus Afrika zurückgekommen."

Schließlich seien an dieser Stelle noch die Worte erwähnt, die Fürst Bismarck dem Berlin-Wiener Distanzritt widmete:

„Eine derartige Leistung", sagte er ungefähr, „kommt im Felde gar nicht ernsthaft in Frage, und daher ist es sehr schade um die edlen Thiere, die dieser Spielerei geopfert werden sind. Ich erinnere daran, daß im deutsch-französischen Kriege ein Garderegimente von der Grenze der Normandie plötzlich nach der Linie vor Paris zurückbeordert wurde. Obwohl die Entfernung viel kleiner ist als die zwischen Berlin und Wien, kamen doch von 600 Pferden nur 18 intakt an."

Damit sind die politisch bemerkenswerthen Aeußerungen, in denen sich wie immer beim Fürsten Bismarck Wahres und Falsches, Erlebtes und Erdachtes in wunderbarer Mischung vereint findet, erschöpft. Außerdem aber hat der Altreichskanzler seinen Gästen noch eine Reihe anziehender Anekdoten zum Besten gegeben, die wir an anderer Stelle bringen.

* * *

Bei den **Erinnerungen**, welche Fürst **Bismarck** Herrn Dr. Hans Blum gegenüber zum Besten gegeben hat, sind ihm wieder verschiedene **Irrthümer** unterlaufen, die daraus zu erklären sind, daß bei den in Frage kommenden Gegenständen den früheren Reichskanzler kein Gedächtniß im Stich gelassen hat. Zunächst sucht Fürst Bismarck immer den Schein zu erwecken, als ob unter seinem Regime das Verhältniß zu Rußland stets ein gutes gewesen wäre, und daß es Schuld seines Nachfolgers, des Grafen Caprivi, sei, wenn wir mit dem Zarenreiche auf einem gespannten Fuße leben. Diese Darstellung entspricht, wie jeder Kenner der neuesten Geschichte weiß, nicht den Thatsachen. Es würde hier zu weit führen, das ausführlich nachzuweisen; wir erinnern deshalb nur daran, daß Fürst Bismarck es war, der sich genöthigt sah, den Dreibund abzuschließen. Man kann, um es ganz kurz zu sagen, mit Fug und Recht behaupten, daß Graf Caprivi das gespannte Verhältniß des deutschen Reiches zu Rußland einfach vom Fürsten Bismarck übernommen hat. Den Umstand, daß, wie der Fürst sich ausdrückt, 1875 „ungeschickte und grobliche Noten von Berlin ausgingen," will Fürst Bismarck groben und faulen Leuten aufbürden, die in Folge des Stellvertretungsgesetzes eine zu große Selbstständigkeit gehabt hätten. Dieses Gesetz wurde aber erst im Jahre 1878 erlassen, kann also nicht schuld an den Uebelständen von 1875 gewesen sein, für die der Fürst, auch wenn seine Behauptung zuträfe, moralisch immer verantwortlich gewesen wäre, weil er die Stellvertreter zu berufen hatte. Fürst Bismarck behauptete, er habe den bekannten „Krieg in Sicht"-Artikel der „Post" von 1875 „sofort entschieden desavouiren" lassen. Nun hat aber der Reichskanzler über denselben Artikel offen im Reichstage erklärt: „Ich habe den Artikel nicht getadelt," und diese Haltung auch näher zu begründen gesucht. Fürst Bismarck hat weiter Herrn Dr. Blum erzählt, er sei am 19. September 1862 nach Berlin gekommen und habe, als er Audienz beim Könige hatte, dessen Abdankung unterzeichnet vorgefunden. Nun war aber am 19. September 1862 die Ablehnung von Konzessionen seitens des Königs Wilhelm dem Abgeordnetenhause in dessen öffentlicher Sitzung schon mitgetheilt, nachdem in einer der Plenarsitzung vorausgehenden Sitzung der Budgetkommission der Kriegsminister v. Roon seinen am 17. September abgegebenen entgegenkommenden Erklärungen zwischen Zugeständnisse verweigerte. Die Kronrathssitzung, in welcher dies beschlossen worden war, fällt auf den 18. September, also vor die Ankunft des Fürsten Bismarck in Berlin. Derselbe kann also das Verdienst, König Wilhelm I. umgestimmt zu haben, nicht für sich in Anspruch nehmen. Auch die Art und Weise, wie der frühere Reichskanzler, einer alten Gewohnheit getreu, über seine Mitarbeiter, z. B. Herrn v. Radowitz, aburtheilte, giebt zu manchen Zweifeln Anlaß. Wenn dieser Diplomat wirklich allzu offenherzig war, wie sein ehemaliger Vorgesetzter es doch behauptet, so muß es umsomehr Staunen erregen, daß der letztere ihn so lange auf seinem wichtigen Posten beließ. Die Plaudereien des Fürsten sind auch dieses Mal wieder äußerst interessant zu lesen, aber, wie schon diese kurzen Andeutungen ergeben, sehr cum grano salis zu genießen.

* Zu der im Berichte des Rechtsanwalts Hans Blum über den Besuch beim Fürsten Bismarck enthaltenen Angabe, der Fürst habe sich deshalb gegen eine unbedingte Annahme der **Militärvorlage** ausgesprochen, weil zur Steigerung unserer Heeresmacht keine politische oder militärische Nothwendigkeit vorliege, wird dem Hbg. Corr. soeben aus Berlin geschrieben:

„Diese angebliche Aeußerung muß einstweilen als unglaubhaft bezeichnet werden, denn es steht, wie uns versichert wird, nicht nur durch mündliche Zeugnisse, sondern auch aktenmäßig fest, daß der aktive Staatsmann Fürst Bismarck schon im Winter 1889/90 eine außerordentliche, durch das Militärgesetz vom Frühjahr 1890 keineswegs erschöpfte Verstärkung unserer Wehrmacht unter Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht aus politisch-militärischen Gründen für unbedingt erforderlich erachtete."

Entweder hat Fürst Bismarck seine Ansicht geändert, wie er das unter Anderem auch in Betreff des erforderlichen Maßes des parlamentarischen Einflusses gethan hat, oder er ist durch die Höhe der neuen Forderung dermaßen „verblüfft" worden, daß er sich zu der scharfen Kritik, die wir mitgetheilt haben, entschlossen hat.

Die Gährung im „Bund für Bodenbesitzreform".

Der deutsche Bund für Bodenbesitzreform hält seine Generalversammlung morgen Sonntag, 6. November, in Berlin, Andreasstraße 64, ab. Die Verhandlungen beginnen Vormittags 9 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen neben dem Jahres- und Kassenbericht zwei Vorträge über: Die Wirkung des Gemeindegrundbesitzes auf die Gemeindefinanzen (Referent: Adolf Damaschke) und über: Baugenossenschaften und Wohnungsfrage (Referent Fabrikbesitzer Heinrich Freese). Außerdem werden Referate über die ferner einzuschlagende Taktik erstattet. Referenten sind Herr Damaschke und Privatdozent Dr. Leo Arons.

In dieser Generalversammlung — so schreibt man uns von unterrichteter Seite — dürften eine Reihe Dinge zur Sprache kommen, die auf die Einigkeit und Geschlossenheit dieser bescheidenen Vereinigung in taktischen und finanziellen Fragen ein wenig gutes Licht werfen!

Vor einiger Zeit schon hat ein eifriger Anhänger der „Singletaxeidee" den Bund verlassen, indem er, zur „Sozialdemokratie" übergehend, in einem Rechtfertigungsartikel für dieses sein Verhalten den früheren Bundesgenossen Haldheit, Zerfahrenheit und sonstige Schmeicheleien im „Sozialen Centralblatt" an den Kopf warf. An dieser Kennzeichnung scheinen die Herren vom „Bund" allerdings zu leiden, wenn man dem Urtheile Henry Georges über Flürscheim, das ähnlich lautete, trauen darf! Aber nicht genug mit dem Ausscheiden Dr. Borchardts. An dieses knüpft sich eine weitere Auslassung des gleichfalls sozialdemokratischen Dr. Leo Arons, die dahin ging, bei der kommenden Hauptversammlung die Auflösung des Bundes zu beantragen. Dr. Arons war in gewisser Beziehung die Seele des Bundes, sein Austritt erfolgt sicher auf der Hauptversammlung; er blieb vermuthlich bis dahin in dem Bunde, um die Gelegenheit der allgemeinen Zusammenkunft nicht zu verpassen und noch Wankelmüthige mit sich zur „einzigen Wahrheit" der Sozialdemokratie hinüberzuziehen.

Der Frontwechsel des Herrn Arons blieb nicht ohne nachtheilige Folgen für die innere Gestaltung des Vereins. So erscheint das Organ des Bundes künftig nur noch zweimal im Monat. In der Motivirung dieser Transaktion heißt es, daß die Bundeskasse zu schwach sei, um auf die Dauer ein wöchentlich erscheinendes Blatt zu halten. Der wahre Grund ist aber der, daß der Bund mit dem Ausscheiden jenes Herrn seinen besten Gönner verliert, was auch daraus hervorgeht, daß Herr Freese in Nr. 40 des „Freilands" erklärt: „Freilich ist ein großer Theil dieser Lust dem Bunde durch private Zuwendungen einiger Freunde abgenommen worden." Arons hat denn auch effektiv sein Jahr und Tag den „Bund" finanziell aber Wasser gehalten!

Auch die Frage, welchen Weg die „Bodenbesitzreform" einzuschlagen habe, um zu irgend einem Ziele zu kommen, hat die Gemüther stark erhitzt. Dr. Arons wird seine Pläne, die sich eng an die Prinzipien der Sozialdemokratie anlehnen, auf der Hauptversammlung zum Besten geben, aber auch antisemitische und christlich-soziale Elemente werden den Herren vom „einzigen Rettungswege" manche Nüsse zu knacken aufgeben.

Michael Flürscheim wird die Gelegenheit der Hauptversammlung benutzen, um seinen alten Freunden und dem ganzen Europa Lebewohl zu sagen. Er geht als Pionier der sozialen Idee nach Sinaloa (Mexiko), dem gelobten Lande der Bodenreform, um dort den Ideen Henry Georges praktische Gestaltung zu geben! Es scheint so, als ob er den Zwistigkeiten innerhalb der deutschen Partei der Bodenbesitzreform aus dem Wege gehen wolle. Der alte Führer mit seiner unermüdlichen literarischen Produktion wird nicht gerade sehr von den Berliner Bundesbrüdern vermißt werden. Sein diktatorisches Auftreten und seine unheimliche Art und Weise, jede Kleinigkeit in einem spaltenlangen Artikel zu analysiren, hat oft genug starken Widerspruch hervorgerufen.

In Deutschland ist die Anhängerzahl der Bodenbesitzreform eine verschwindend kleine; eine mächtige Nebenbuhlerin, die Sozialdemokratie, kapert alle tüchtigeren Kräfte und macht so dem armen Bund das Leben recht sauer.

---

* In engen Zusammenhang mit dem wachsenden **parlamentarischen Einfluß des Centrums** bringt man in **Sachsen** den schon im März in einer Sitzung der ersten sächsischen Kammer ausgesprochenen Wunsch des Dresdener Bischofs Wahl, nach Aufhebung des Gesetzes vom 23. August 1876. Dieses Gesetz regelt in Sachsen das Verhältniß des Staates zu der römisch-katholischen Kirche. Er giebt dieser zur Erfüllung der kirchlichen Pflichten freien Raum, verbietet aber die Ansiedelung von Propaganda machender Orden. Der Wunsch des Dresdener Bischofs läßt die sächsische Bevölkerung nicht zur Ruhe kommen. Von evangelischer Seite wird immer wieder in der sonst in kirchlichen Dingen auch in Sachsen ziemlich gleichgiltigen Menge die Meinung erweckt, als sei der innere religiöse Friede bedroht, wenn jenes Gesetz aufgehoben oder auch nur abgeändert werde. Im Allgemeinen würde sich jedenfalls das kirchliche Leben in Sachsen auch nach Aufhebung des Gesetzes vom 23. August 1876 kaum nennenswerth ändern, aber die Bevölkerung ist von gewisser evangelischer Seite in eine derartige Furcht vor römisch-katholischen Anmaßungen hineingeredet, daß man vielfach mit einer merkbaren Erregung gegen den bischöflichen Wunsch immer wieder Front macht. Jedenfalls wird derselbe im sächsischen Landtage während der nächsten Session zu heftigen Auseinandersetzungen führen, denn die protestantischen Pastoren in Sachsen lassen nicht nach, die Regierung zu einer klaren Stellungnahme in der Angelegenheit zu drängen. Man glaubt, daß der vorsichtige römisch-katholische Priester jenen Wunsch in der sächsischen ersten Kammer nicht ausgesprochen hat, ohne sich vorher über die Stimmung vielvermögender sächsischer Kreise zu der Frage zu unterrichten. Der Wunsch des Dresdener Bischofs wird, wie gesagt, in Zusammenhang gebracht mit der wachsenden Machtstellung des Centrums im Reich. Neben der Zerfahrenheit der politischen Parteien in Sachsen hat dem Lande ein kirchlicher Konflikt zwischen Katholizismus und Protestantismus gerade noch gefehlt. Von der Schärfe, welche dieser Konflikt annehmen würde, bekommt man einen Vorgeschmack, wenn man die vor einigen Tagen von der Hauptversammlung des Evangelischen Bundes in Sachsen beschlossene Resolution liest, in der Staatsregierung und Landstände gebeten werden, den erwähnten Wunsch der Katholiken in Sachsen entschieden zurückzuweisen.

---

* Aus **Thüringen** schreibt man uns: **Die preußische Staatsbahnverwaltung** macht mit der Anstellung von **Bahnagenten** auf mehreren zum Direktionsbezirk Erfurt gehörigen und am 1. November eröffneten thüringischen Bahnstrecken untergeordneter Bedeutung Versuche. Es handelt sich hierbei um die Uebertragung der Verwaltung der Stationen an Private.